

Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementssatz in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1½ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfstelligen Zeile im Zeitungsblatt 1½ Sgr.



Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 118. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 10. März 1868.

Deutschland.

Berlin, 9. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden verliehen und zwar: den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem kaiserlich russischen General-Major von Lüders; Director der Telegraphen und des Telegraphen-Departements; den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse; dem kaiserl. russischen Obersten von der Artillerie von Stein, Commandeur der Zündhütchen-Fabrik zu Schöftla; den königl. Kronen-Orden dritter Klasse; dem kaiserl. türkischen Obersten Cavaliere Paul de Anino in Konstantinopel, so wie den königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem praktischen Arzt Dr. Dambre zu Courtrai in Belgien, und dem Kaufmann und Fabrikanten Staub zu Luchen in Württemberg.

Se. Majestät der König hat dem Friedensgerichtsschreiber Wilms zu Gredenbroich den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Ober-Steuер-Controleur, Steuer-Inspector Mücke zu Berlin, dem Geheimen Kanzlei-Secretär, Hauptmann a. D. Roeder beim Kriegs-Ministerium und dem Rentier Ernst Wilhelm Heinrich Kübne zu Berlin den königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen; den Regierung-Arbeitsor, Grafen von Arnim-Boyenburg, zum Landrat des Kreises Templin, Regierungsbezirk Potsdam, ernannt; sowie dem bisherigen Deconomie-Rath Wagner zu Waldau den Titel Landes-Deconomie-Rath; und dem Berg-Assessor Althans zu Goslar den Charakter als Berg-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat den Premier-Lieutenant in der Landwehr-Cavallerie und Rittergutsbesitzer v. Rathenow, auf Spree bei Nothenburg i. d. Oberlausitz, den Landrat des Kreises Görlitz Clodwig v. Sydow auf Nieder-Görlitzdorf bei Görlitz, den Freiherrn Max v. Gregory zu Reichenbach i. d. Oberlausitz, den Rittergutsbesitzer Bogislav Grafen von Wartensleben auf Mintoßow bei Brieg, den Hauptmann und Batterie-Chef im Niederschlesischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 5, Gustav v. Mantuffel, genannt Bögen, den Landrat des Kreises Orlau, Ernst v. Eide, auf Poppelswitz, Kreis Orlau, den Hauptmann und Compagnie-Chef im 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth, Moritz Constantin v. Altrock, den Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer Max v. Wencky, auf Dandritz bei Strelitz, nach Prüfung derselben durch das Capitel und auf Vorschlag des Herrenmeisters, Prinzen Carl von Preußen, zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens ernannt.

Berlin, 9. März. [Se. Majestät der König] nahm am gestrigen Vormittage die Meldung des zu allerhöchstseinem Flügel-Adjutanten ernannten Majors v. Hymmen vom Garde-Husaren-Regiment entgegen, ließ Allerhöchstlich hierauf Vortrag halten von dem Hof-Baurath Strack und empfing Se. königl. Hoheit den Prinzen August von Württemberg.

Heute Vormittag empfing Se. Majestät den Premier-Lieutenant Nachtigall vom früheren Hamburgischen Contingent, welcher als Seerat des Hamburger Frauen-Hilfs-Vereins Ihrer Majestät der Königin den von gedächtnis Vereine für die Nottheilenden in Ostpreußen gesammelten Betrag von 20,000 Thlr. gestern zu überreichen die Ehre gehabt hatte.

Um 11 Uhr ließ Se. Maj. der König Allerhöchstlich Vortrag halten durch den Geheimen Cabinets-Rath v. Mühlner und empfing um 1 Uhr Se. Durchlaucht den Fürsten von Salm-Horstmar, welcher sich bei Allerhöchstdemselben verabschiedete.

[Ihre Maj. die Königin] war vorgestern in dem 9. Vortrage des wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Abends fand im königlichen Palais eine musikalische Soiree statt, an welcher sich Fräulein Desprez-Ardt und die Herren Salomon, Niemann und Lefort unter Leitung des Kapellmeisters Taubert beteiligten. Außer der königlichen Familie und Sr. kaiserl. Hoheit dem Prinzen Napoleon waren die Botschafter von Frankreich und England, sowie eine große Zahl von einheimischen und fremden Gästen geladen. Gestern wohnte Ihre Maj. die Königin dem Gottesdienste in der St. Matthäi-Kirche bei. — Beide königliche Majestäten waren bei einem größeren Diner bei Sr. kgl. Hoheit dem Prinzen Albrecht anwesend. — Ihre Maj. die Königin hat die neuen Markthallen, das jüdische Waisenhaus und das städtische Siechenhaus besucht und durch den Bevollmächtigten des Frauen-Hilfsverein in Hamburg 20,000 Thaler als Ertrag des dort veranstalteten Bazars zum Besten der Nottheilenden in Ostpreußen persönlich in Empfang genommen.

[Se. k. Hoh. der Kronprinz] empfing am Sonnabend Vormittag Herrn v. Sänger, den Grafen Burgbaß und mehrere Militärs. Um 2½ Uhr besuchte Se. königl. Hoheit das königl. Museum, wohnt abends der Vorstellung im Opernhaus bei und erschien hierauf in der Soiree Ihrer Majestäten. (St.-A.)

= Berlin, 9. März. [Der Bundesrat. — Das Gewerbe-Gesetz. — Prinz Napoleon.] Der Bundesrat des Zollvereins hielt heute Nachmittag um 3 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Grafen Bismarck, welche etwa eine Stunde wähnte. Nach der Verlesung des Protokolls wurden als Vorlagen des Präsidiums angekündigt: Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Tabaks; ferner Einleitung zu einem Handels- und Schifffahrts-Vertrage mit dem Kirchenstaate; endlich Ergänzung der Vereinbarung vom 4. April 1853 über die, den Erbauern von Seeschiffen zu gewährenden Zollbegünstigungen. Ebenmäßige wurde eingebroacht ein Antrag Hessens über den Vertrag an Eisenbahn-Güterwagen zur Sicherung des Zoll-Interesses. Endlich wurde eine Reihe von Eingaben an den Bundesrat vorgelegt. Der Gesetzentwurf, welcher die Tabaksteuer betrifft, lag heute noch nicht im Wortlaut vor, dagegen verlautete über den wesentlichen Inhalt, daß es sich um eine Besteuerung des Morgens mit 12 Thlr. und um eine Erhöhung der Eingangssteuer für Rohtabak auf 6 Thlr. und für Cigarren auf 25 Thlr. handelt. Wie man sich im Bundesrat zu dieser Vorlage, die zunächst an den Ausschuss gelangt, stellen wird, steht dahin; im Zollparlament hat sie — wenn man eben nur auf die Ansichten der norddeutschen Abgeordneten zurückgreift — schwarzlich Ausicht auf Annahme. Hielt man in gedachten Kreisen doch die Einbringung einer auf die Tabaksteuer bezüglichen Vorlage in der ersten Session des Zollparlaments für unwahrscheinlich und betonte zur Zeit, daß diese Angabe, die sich nun freilich bewährte hat, von einer Seite ausgehe, welche der Thätigkeit des Zollparlaments nicht gerade gedeihliche Erfolge wünschte. Die nächste Sitzung des Zoll-Bundestrates, der heute im Gebäude des Staatsministeriums tagte, ist übrigens noch nicht anberaumt, man wird wohl die Fertigstellung des Handelsvertrages mit Österreich abwarten wollen. Man ist in fundigen Kreisen der Ansicht, daß die Arbeiten für das Zollparlament nur kurze Zeit beanspruchen und sich in 14 Tagen abwickeln lassen würden, gleichwohl wird eine Verzögerung der Session doch wohl aus Anträgen aus der Mitte des Parlaments entstehen, welche man für unausbleiblich hält. — Der Gewerbeordnungs-Entwurf, der ja jetzt in weiterem Umfang bekannt wird, begegnet, wie bereits angedeutet worden, vielfachen Bedenken; es wird von einer und der anderen Seite angenommen, daß durch Bundesrat und Reichstag das jetzige Volumen des Entwurfs auf die Hälfte reduziert werden möchte. — Der Prinz Na-

poleon besuchte heute in einem kgl. Wagen und in Begleitung eines kgl. Adjutanten die hiesigen Kasernen und sonstigen militärischen Institute. Heute giebt der französische, morgen der englische Botschafter ein Diner zu Ehren des Prinzen, zu welchem Graf Bismarck und sämtliche hier accreditede Gesandte u. c. Einladungen erhalten haben. Die Abreise des Prinzen von Berlin soll am Freitag erfolgen.

= Berlin, 9. März. [Die erste Abteilung des Criminaleisenats des königl. Kammergerichts] verhandelte heute den bereits bekannten Prozeß gegen den Vorlesenden des „Berliner Arbeitervereins“ Buchbinder Rob. Krebs, wegen Missbrauchs des Vereinsgesetzes. Der Tatbestand ist in Kurzem Folgender: Am 5. August v. J. hielt der Arbeiterverein unter dem Vortheile des Angellagten eine Versammlung im Streichen-Vocale ab. In derselben wurde der Beschluss gefaßt, eine Aufrufung an sämtliche Arbeitervereine zu erlassen, worin dieselben zur Unterstützung der internationalen Friedensliga aufgefordert werden sollen. Der Angellagte wies gleich in jener Versammlung darauf hin, daß die Ausführung dieses Beschlusses gegen das Vereinsgesetz verstöfe und der beabsichtigte Zweck nur dadurch erreicht werden könne, daß der in 300 Exemplaren verbreitigte Aufruf direct von ihm an betreuende Personen verfaßt werde. Dies ist denn auch geschoben und deshalb die Anklage erhoben. Der erste Richter erkannte indessen auf Nachschußlängig gegen den Angellagten aus dem Grunde, weil eine offizielle Verbindung des Arbeitervereins mit verschiedenen anderen Vereinen politischer Tendenz nicht nachgewiesen sei. Gegen das Erkenntnis hatte der Ober-Staats-Anwalt die Appellation eingelegt. Der Angellagte war im heutigen Audienz-Termin nicht erschienen. Der Staats-Anwalt Freiherr von Plotho vermochte indeß die Appellation nicht aufrecht zu erhalten, da, wie er selbst ausführte, die Vorlesung des § 8 sub b des Vereinsgesetzes nicht verletzt sei, da nämlich nicht nachgewiesen worden, daß der Anklage als Vorlesender des Arbeitervereins und in dessen Namen mit anderen Vereinen in Schriftenwechsel gestanden habe, und beantragte deshalb die Bestätigung des ersten Erkenntnisses, die denn auch nach kurzer Beratung von dem Gerichtshofe ausgesprochen wurde. — Die Vertheidigung des Angellagten führte der Rechtsanwalt Lewald.

Über die Besetzung der Präsidentenstelle beim hiesigen Stadtgerichte ist endlich entschieden. Während vor kurzem noch die „N. Pr. Btg.“ den Oberstaatsanwalt Hartmann am Ober-Tribunal als den in Aussicht genommenen Nachfolger des Präsidenten Breithaupt bezeichnete, erfuhr jetzt die „Bess. Btg.“, daß die Stelle dem Geheimen Ober Justizrat Krüger, der früher längere Zeit als Untersuchungsrichter beim Stadtgericht fungirt hat, übertragen ist.

[Geh. Rath Wagner und Dr. Dühring.] Die „Bess. Btg.“ bringt folgende Erwiderung:

Auf meine Erklärung vom 3. März hat der Geh. Rath Wagner in der „Kreuztg.“ vom 5. d. Ms. eine Entgegennahme verfaßt, die sich auf den ersten Bild als das Erzeugniß einer nicht geringen und schlecht verhüllten Verlegenheit kennzeichnet. Mit der durch nichts unterstützten ganz allgemeinen Behauptung, meine neuliche Veröffentlichung „beruhe auf einer durchgängigen Entstehung der Wahrheit“, widerlegt Herr Wagner noch nicht ein Titelchen meiner, in jedem Kleinsten Punkt beweisbaren Aufführungen. Der Busaz, daß er am 19. Februar die Einleitung der Untersuchung wegen Verleumdung in Bezug auf das Amt beantragt habe, wird auch nichts verschlagen, da er leider hinzuzufügen unterläßt hat, daß die in meiner Erklärung angeführten Thaten die vermeintlichen Verleumdungen sein sollen. Ich fordere daher Herrn Wagner hiermit ausdrücklich auf, sich meiner Erklärung gegenüber doch bestimmt auszudrücken, und, wenn er in derselben Verleumdungen findet, sofort bei der Staatsanwaltschaft gegen mich wegen öffentlicher Verleumdung eines Beamten zu denunciren, wodurch sich belästigt die mir etwa in Aussicht stehende Strafe noch höher stellen würde. — Außer jener unbelagten Verduldigung einer Entstehung d. r. Wahrheit bringt nun Herr Wagner nichts weiter vor, als was ich bereits selbst angeführt habe, daß nämlich von ihm eine Notiz über meine Verfassung verfaßt worden sei. Nur die Erklärung des Verlegers der zweiten Ausgabe im Buchhändler-Börsenblatt vom 28. Februar d. J., auf die von Herrn Wagner wohlweislich ohne Angabe des Datums hingewiesen wird, war mir selbst noch nicht bekannt. Da Herr Wagner den Inhalt dieser Buchhändlererklärung aus guten Gründen nicht angibt und überhaupt unverkennbar das Publizum glauben machen will, er habe sich sofort angelegen sein lassen, öffentliche Berichtigungen abzugeben, während er sich hierzu doch erst entschloß, als ich ihm meine Verfolgung der Sache angekündigt hatte; — so seje ich die Erklärung im Buchhändler-Börsenblatt und zur Ergänzung derselben einen Brief des Verlegers an mich hierher: „Auf der in meinem Verlage erschienenen Schrift „über wirtschaftliche Assoziationen und sociale Coalitions“ ist der Name des Geh. Raths Wagner zu Berlin als Verfasser genannt. Auf Verlangen des Herrn Wagner berichtige ich diese Angabe dahin, daß nicht dieser, sondern der Dr. Dühring, Privatdozent an der Universität Berlin, der Verfasser der fraglichen Schrift ist. Weitere Mittheilungen und Erklärungen für später mir vorbehaltend, zeichne ic. Th. Thust.“ Der Brief des Herrn Thust an mich lautet: „erfülle ic. mit Gegenwärtigem Ihr Verlangen zu test. von Herrn Wagner die persönlich Erlaubnis erhalten zu haben, seinen Namen auf die Denkschrift setzen zu dürfen; dieser Fall ist so klar und rein in meinem Gedächtnis, daß ich mich jederzeit zur eidlichen Bestätigung erbitte. Leipzig, 15. Februar 1868. Th. Thust.“

Herr Wagner behauptet, wie ich nicht verschweigen will, das gerade Gegenteil, nämlich dem Verleger ausdrücklich bemerk zu haben, daß er nicht der Verfasser sei. Mir kann es nur wünschenswert sein, daß dieser Punkt zu gerichtlicher Feststellung gelange und ist diese Rücksicht auch bei Anstrengung meiner Civillage mit maßgebend gewesen.

Während sich die Entgegennahme des Herrn Wagner an erheblichem thatätzlichen Inhalt auf Null reducirt, ist sie dagegen in vermeintlicher Entbühlung meiner Beweggründe anscheinend etwas ausgiebiger. Ich soll aus Verständigung über meine vergebliche Bewerbung um eine hier erledigte ordentliche Professur gehandelt haben. Nur weiß ich in der That nicht, ob ich den Strohalm der Verdächtigung, nach welchem mein, wie es scheint, im Falle begriffener und dabei nicht gerade tactvoll agierender Widersacher ausgegriffen, auch für etwas mit seiner Amtsfunction in Verbindung stehendes halten soll. Siedfalls wäre es befremlich, von einem vortragenden Rath im Staatsministerium das Signal zu einer öffentlichen Erörterung dieser Angelegenheit gegeben zu sehen. Mr. Wagner hat es zu verantworten, daß ich jetzt zu ein paar Gegenbemerkungen geradezu gezwungen bin. Ich habe die Offenheitlichkeit in dieser Sache so wenig zu scheuen, daß ich sie im Gegenteil nur willkommen heißen kann. Nicht die Verleugnungen, welche in der Professur-Angelegenheit meine Gefühle erregt haben könnten, sind der Grund meines Vorwiegens gegen Herrn Wagner gewesen. Am 31. December 1866 war bereits alles wesentliche entschieden, und Herr Wagner ist selbst in Illusionen besangen, die er mir unterschreibt. Ich soll auf Grund der Denkschrift um die Henning'sche Professur „petitionirt“ haben. Ich habe mich ausdrücklich auf Grund meiner philosophischen und national-ökonomischen Werke, sowie unter Hinweisung auf meine Zuhörerschaft und meinen Erfolg als Dozent beworben. Die Denkschrift hat mir nur die Veranlassung gegeben, bei Demjenigen, den ich für den Auftraggeber dazu halten mußte, um eine unterthänige Empfehlung nachzusuchen. Nun dürfte wohl nichts natürlicher sein, als die Voraussetzung, die mich dabei leitete. Hatte man mich unter noch dazu auf Grund eines meiner Werke für hinreichend besabigt und vertrauenswürdig gehalten, eine wissenschaftliche Stimme in einer Frage großer staatlicher Action im Gebiete der Socialpolitik abzugeben, so war ich berechtigt zu glauben, daß dieselbe Capacität, welche für die Beachtung von Staatsmännern nicht zu unerheblich erscheint, auch allenfalls ausreichend sein würde, einen öffentlichen Lebhaft einzunehmen. Auch halte ich es noch heute für einen offensiven Widerspruch, denjenigen, in dessen Arbeiten Staatsmänner Stoff für ihr Interesse vorausgesetzt haben sollten, Studirenden gegenüber für ungültig zu erachten. Vielleicht befindet sich dieser Widerspruch dadurch, daß Herr Wagner's Verfahren allmälig und naturnäßig durch die gerichtlichen Feststellungen eine höhere Beliebung erfährt,

so daß die mir selbst peinlichen Dunkelheiten verschwinden. Ich werde alsdann der Letzte sein, der sich irgend einer Illusion hingiebt oder irgend welche Ansprüche macht. So aber muß es denn doch als das Neuerste, was in diesem Genre geleistet worden ist, erscheinen, wenn hr. Wagner schließlich noch dieselbe Denkschrift, auf die sein Name in bis jetzt so unauffälliger Weise gelangt ist, und von der er unbefugt Weise zwei Auflagen veranlaßt hat, für mittelmäßig erlärt und sogar behauptet, daß ich mich durch seinen Namen darauf nur geehrt fände. Ich verzichte nicht nur auf diese Ehre, sondern erlärt im Gegenteil, daß gerade dieser Umstand der in moralischer Beziehung für mich am wenigsten erträgliche ist.

Schließlich noch Folgendes: Herr Wagner glaubt gar nicht, daß es mit dieser meiner Erwiderung abgethan sei. Ich habe noch interessante Documente zu veröffentlichen. Zuvor fordere ich Hrn. Wagner jedoch auf, seine Behauptung wegen Entstehung der Wahrheit zu spezialisieren. Ferner behalte ich mir ein Zurückkommen auf seine Bloßstellung der Professur-Angelegenheit vor, falls meine heutigen Angaben seinem Mandant gegenüber noch in so hohem Maße zurückhaltend gewesen sein und eine weitere Wahrung meiner Ehre erforderlich machen sollten. Dr. Dühring.

München, 9. März. [Die Leichenfeier für König Ludwig I.] fand heute Nachmittag 2 Uhr dem Programme gemäß statt. Der gesammte Hofstaat, die obersten Staatsbehörden, die Volksvertretung und eine zahllose Menge von Stadt und Land nahmen an der Feierlichkeit Theil. In die Leichenwagen folgte außer den Prinzen des königlichen Hauses und des herzoglichen Hauses in Bayern u. A. der Kronprinz von Sachsen, Prinz Adalbert von Preußen, Erzherzog Albrecht und die Vertreter anderer fremder Fürsten.

Karlsruhe, 9. März. [Zollparlamentswahlen.] Engere Wahl im 3. Wahlgemeind: Hechingen (nat.-lib.) mit 8556 Stimmen definitiv gewählt gegen Leo (ultramontan), welcher 8089 Stimmen erhielt.

Karlsruhe, 7. März. [Die Verstimmung der Regierung]

über das gegen ihre Wünsche ausgesetzte Resultat der Zollparlamentswahlen hat in folgender offiziellen Verwarnung Ausdruck gefunden:

„Dieser Tage wird an die Beamten ein Rescript des Ministeriums erlassen, welches sich mit Ernst und Nachdruck über die steigenden Agitationen gewisser Parteien und das Verhalten der Beamten diesen gegenüber verbreitet und ihnen erklärt, daß die Regierung darin eing und entschlossen sei, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen solche Agitationen und Wühlerie vorzugehen. Das Verhalten der Beamten und Angestellten wird einer aufmerksamen Untersuchung unterstellt werden und die Folge davon Versehrungen und Penontrungen unter diesen und auch bei einigen Professoren sein.“

Österreich.

Bien, 9. März. [Das Abgeordnetenhaus] hat heute den Gesetzentwurf, betreffend einen der Provinz Galizien zu bewilligenden Vorschlag von 350,000 Fl., angenommen. In der hierauf eröffneten Debatte über das Wucher Gesetz wurden die ersten sechs Paragraphen in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung angenommen. — Die „Oester. Corresp.“ erfährt, daß die Reise des Prinzen Napoleon nach Wien für jetzt aufgegeben sei. Der Prinz kehre von Berlin direct nach Paris zurück, werde sich jedoch bestimmt im Mai nach Wien begeben.

Frankreich.

* Paris, 7. März. [Die heutige Sitzung des gesetzgebenden Körpers] begann wieder äußerst stürmisch. Die Majorität heulte und tobte wieder und benahm sich wieder wie eine Rotte Gamins. Guérault, welcher bei Gelegenheit des Sitzungs-Protocols den Staatsminister fragen wollte, was er über die Haltung und die Angriffe gewisser offizieller Blätter zu sagen wisse, besonders des „Pays“, das die öffentliche Meinung beunruhige und erregte. (Langes Murmeln der Arladien, deren Organ bekanntlich das „Pays“ ist.)

Rouher erwidert, daß, da er im letzten Augenblick von dieser Interpellation in Kenntnis gesetzt wurde, er nicht wisse, welche Frage man an ihn stellen wolle.

Guérault besticht darauf, seine Frage zu stellen.

Der Präsident erklärt, daß er den Redner nicht am Sprechen verhindern könne, zumal der Staatsminister sich nicht weigerte, ihm zu antworten.

Guérault will nun weiter sprechen, die Majorität stimmt aber ein so durchbares Gehul an, daß der Präsident, selbst wenn er nicht den besten Willen hätte, gezwungen ist, die Tagesordnung votiren zu lassen. Guérault bleibt während des Sturmes auf der Rednerbühne und verläßt dieselbe erst, als nachdem Votatan von seinem Platz aus eine Bemerkung gemacht, ein neues Wuthgeul der Majorität ihn nochmals am Reden verhindert.

Die Kammer beruhigte sich indeß nach dieser stürmischen Scene ziemlich schnell. Sie scheint sogar es für gut befunden zu haben, etwas zu thun, um Verzeichnung für ihre erste Unruhe zu erhalten, denn sie verwarf den Artikel 12, der den Gerichten das Recht gibt, bei einer zweiten Verurtheilung die Journalisten ihrer Wahl- und politischen Rechte zu berauben. Die Kammer hat sich dadurch ein um so größeres Verdienst erworben, als Pinard und Rouher sich aufs energischste für denselben aussprachen. Dieser lächerliche Artikel ist hiermit für jetzt und wohl auch für immer beseitigt. Bei der Discussion über den Artikel 14, der die provvisorische Ausführung der Urteile bei Pressevergehen betrifft, nahm die Kammer aber wieder ihre närrische, oder, wenn man auf Seiten der Regierung steht, wieder ihre vernünftige Haltung an. Sie hörte auf die Vorstellungen der Herren Pinard und Baroche, welche die Gesellschaft für gefährdet hielt, wenn man diese Bestimmungen nicht in das Gesetz aufnehme (ohne welche sie jetzt aber doch seit beinahe 80 Jahren gelebt hat). Mit Ausnahme des ersten Theils der Sitzung (und sogar dieser, wenn man bedenkt, daß die Wahlen nahe bevorstehen) sind die heutige Discussion übrigens so recht, daß die Majorität in ihrer Majorität eigentlich viel liberaler ist, als die Regierung, und sich um so unliberaler zeigt, weil Rouher und Conforten sie durch die Drobung, nicht wie der Regierungs-Candidaten sein zu dürfen, zwängt, sich noch schlimmer zu zeigen, als sie es selbst sind. Die Discussion über das Pressegebot wurde heute,

Chatelet ist so ungeheuer, daß einfache Sperrsätze mit 50 bis 100, Logen bis zu 500 und der Platz im Paradies mit 10 und 20 Fr. bezahlt werden. Jedenfalls kann man auch mit Sicherheit darauf rechnen, daß eine ungeheure Menschenmasse in der Nähe des Theaters versammelt sein wird.

Großbritannien.

London, 7. März. [Rechtfertigung Disraeli's.] Die Bemerkungen, mit welchen Lord Russell in der letzten Sitzung des Oberhauses auf die Erklärungen Malmesbury's antwortete, waren, so schreibt man der „K. Z.“, recht scharf und bissig, und richteten ihre Spitze vornehmlich gegen den neuen Premier-Minister. Er äußerte u. A., Disraeli habe sich in seiner bekannten Rede zu Edinburgh geäußert, sieben Jahre lang eine Herabsetzung des Wahlcensus befämpft und zu gleicher Zeit seine Partei „erzogen“ zu haben, um sie später zu einer die Vorschläge der Gegner bei Weitem überbietenden Verminderung jenes Census zu bringen. Gegen diese „Entstellung“ wehrt sich Disraeli in einem von den Morgenblättern veröffentlichten Briefe. Nichts der Art habe er in Edinburgh gesagt; er habe nur behauptet, daß die Partei der Tories nach dem Mißlingen ihres Gesetzentwurfes von 1859 sieben Jahre lang in Bezug auf die Reformfrage erzogen worden und während dieser Frist zu fünf Schlussfolgerungen gelangt sei, die er selber mit Bewilligung der Partei zu verschiedenen Malen ausgesprochen habe: 1) daß die Maßregel eine vollständige sein müsse; 2) daß kein Platz seine Vertretung gänzlich verlieren solle; 3) daß ein wirklicher Abgrenzungsausschuss einzusezen sei; 4) daß die ländliche Vertretung einer erheblichen Vermehrung bedürfe; 5) daß dem städtischen Wahlrecht das Prinzip der Steuerzahlung zu Grunde liegen müsse. Und diese fünf Punkte seien durch die Acte von 1867 in der That erledigt worden. Wer sich jedoch der Rede von Edinburgh erinnert, wird geneigt sein, dem Earl Russell Recht zu geben. Disraeli hat nach den Worten des mit seiner Ermächtigung herausgegebenen Textes jener Rede selbst gesagt: „Wir hatten das Land vorzubereiten, wir mußten unsere Partei, wenn es nicht annehmbar ist, das Wort zu gebrauchen, erziehen, eben für diese Reformmaßregel erziehen.“ Daß er freilich, nachdem er selbst das Gesetz zu Stande gebracht, nicht eingesehen konnte, sich sieben Jahre lang, bis zum Sturze Russells, gegen jede Herabsetzung des Wahlrechtes gestemmt zu haben, ist ganz natürlich; klar genug aber ist dieses für Jeden, der die Geschichte des Reformgesetzes aufmerksam verfolgt hat. Earl Russell gebrauchte im Verfolge seiner Rede freilich sehr harte Ausdrücke, er sprach nicht nur von der „Erziehung“, sondern auch von der „Täuschung“ der Partei und des Landes, für welche Disraeli verantwortlich zu halten sei. Jeder Tory, der 1866 gegen den sehr gemäßigten Gladstone'schen Entwurf wütete und schon den Untergang der Monarchie wußte, der aber ein Jahr später für die fast radical zu nennende Disraeli'sche Maßregel sprach oder wenigstens stimmte, wird sich bei einer aufrichtigen Selbstschau selber sagen müssen, daß eine große Umwandlung mit ihm vorgegangen war. Granbourne, Carnarvon und Peel, die folgerichtigen Tories, die nicht dazu gebracht werden konnten, ihre Überzeugungen für die „Süchtigkeiten des Amtes“ zu verkaufen, gaben durch ihren Rücktritt und in den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden Gefühle kund, welche der Regierung und vornehmlich Hrn. Disraeli noch weniger schmeichelhaft waren, als es jetzt Lord Russells Anfeindungen sind.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] kündigte Gilpin an, daß er bei Gelegenheit der Einbringung der Bill über Vollziehung der Todesstrafe innerhalb des Gefängniskaprons, ein Amendment zu derselben auf gänzliche Abschaffung der Todesstrafe stellen werde. — Mr. Otway kündigte an, daß er bei der Einbringung der Auftruh-Akte (Mutiny-Bill) eine Resolution beantragen werde, um die Kriegsgerichte bezüglich der Verhängung der Strafe der körperlichen Bestrafung dahin zu beschränken, dieselbe in Friedenszeiten nicht zur Anwendung zu bringen. — Es entspans sich sodann eine lange Discussion über die Alabama-Forderungen, welche durch Mr. Shaw-Lefevre (Reading) dadurch angeregt wurde, daß er die Aufmerksamkeit des Hauses auf das Fehlschlagen der Unterhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die schiedsrichterliche Erledigung der Alabama-Forderungen lenkte. Er erging sich in einer ausführlichen Darlegung der Geschichte des Alabama-Schiffes und anderer Kreuzer der Südstaaten, sowie der geslogenen diplomatischen Unterhandlungen, und tadelte Lord Stanley, wegen der Ausschlüpfung der Recognitionfrage von der schiedsrichterlichen Erörterung, indem er schließlich darauf bestand, daß es die Pflicht des Landes sei, den übrigen Nationen zuerst das Beispiel von der praktischen Ausführung der von England auf dem damaligen Congress angeregten Declaration von Paris zu geben. Lord Stanley war in seiner Replik ebenso ausführlich wie der Vorredner und vertheidigte seine Politik mit anerkannter Weisheit und Unparteilichkeit. Hauptächlich darauf hinzuweisen, daß die Vereinigte Staaten-Regierung in parallelen Fällen, wie z. B. in Bezug auf Ungarn und Texas, ganz ebenso gehandelt habe, wie England den Südstaaten der Union gegenüber, sprach er die Ansicht aus, daß die Frage der Recognition derselben eine ganz und gar irrelevante hinsichtlich der Alabama-Forderungen und vielmehr eine Frage der Staatspolitik und die notwendige Folge des von Mr. Seward selbst in drei öffentlichen, 9, 12 und 16 Tage vor der englischen Anerkennung datirten Schriftstücken dokumentirten Kriegszustandes gewesen, nicht aber eine Frage völkerrechtlicher Verpflichtung sei. Die Besorgniß, daß diese Frage zu einem Kriege zwischen den beiden Ländern führen könnte, als ganz unbegründet hinstellend, deutete Lord Stanley am Schluß seiner Rede darauf hin, daß außer der schiedsrichterlichen Beilegung noch eine andere Lösung der Schwierigkeit in den Andeutungen Sowards auf Einsetzung einer allgemeinen Commission zur Erörterung der beiderseitigen Forderungen gefunden werden dürfte. Er habe um Formulirung dieser Andeutungen zu einem Vorschlag ersucht und sobald man sich über das Weite verständigt, werde weder die Regierung noch das Land zu viel Gewicht auf die Form legen. Es sprachen noch Mr. Forster, Sir G. Bowyer, Stuart Mill und Gladstone, von denen der vorletzte der Debatte eine gewisse Art der Neuheit verlieh, während Gladstone sein vollständiges Vertrauen zu Lord Stanley und dessen Politik ausprach, und ihm seine Unterstützung zur Herbeiführung eines befriedigenden Ausgleichs zusagte. — Die Discussion war hiermit zu Ende, worauf ein ziemlich lebhaftes Gespräch zwischen den beiden Führern des Hauses über die von Chichester Fortescue verlangte Einbringung der irischen Reformbill auf dem schon früher dazu bestimmten fünftigen Montage folgte. Mr. Disraeli nahm mit etwas hantore das Privilegium für sich in Anspruch, die Geschäfte des Hauses, was die Regierungs-Maßregeln betreife, so lange wie er auf der Ministerbank sitze, nach seinem Erneisen zu reguliren, was Mr. Gladstone zu der Bemerkung veranlaßte, daß die Maßnahmen der Regierung auch in Bezug auf den Geschäftsgang des Hauses dem Urtheil derselben unterliegen.

Da aus der auf nächsten Montag verlangten Vorlage der irischen Reformbill eine Collision mit der auf denselben Tag angelegten Einbringung der schottischen Reformbill und der auf Dienstag anstehenden Motion Maguire's über Irland zu befürchten war, so gelang es der vermittelnden Einsprache des Lord Mayo, verbunden mit dem Verprechen, die irische Reformbill am nächsten Montag über 8 Tage dem Hause vorzulegen, dem kleinen Disput ein Ende zu machen, worauf sich das Haus vertagte.

Provinzial - Zeitung.

m. Breslau, 10. März. [Alarmierung der Feuerwehr.] Gestern Abend nach 9 Uhr rückte die Hauptfeuerwache nach dem Grundstück Nr. 5 der Friedrich-Wilhelmsstraße, doch erwies sich die Meldung von einem dort ausgebrochenen Feuer als durchaus ungegründet.

† Breslau, 9. März. [Credit-Verein Breslauer Schneidermeister.] Vor wenigen Tagen hat sich auf Schulz-Delix'schen Prinzipien eine Vorschüß-Genossenschaft im Kreise bisheriger Schneidermeister constituiert. Das Statut entspricht in Anordnung und allen wesentlichen Studien, bis auf die für den besondern Zweck gebotenen geringen Abänderungen des bisherigen alten, großen Vorschüßvereines, welches man wohl ein „Musterstatut“ nennen kann. Die Errichtung von Vorschüß-Genossenschaften innerhalb einzelner Berufskreise entspricht ebenso wie die von Rohstoff-Genossenschaften ganz den Schulz'schen Grundsätzen, sie ist der notwendige nächste Schritt

über die allgemeinen Vorschüß-Vereine („Volksbanken“) und die Consumervereine hinaus auf die eigentliche Erwerbs- oder Productiv-Genossenschaft hin. — Den Vorstand des neuconstituirten Vereins bilden die Herren Schneidermeister Misch, Gregor, C. Schneider, F. Schreiber, A. Bitter; den Ausschuß die Herren R. Kahl, W. Gläser, A. Hauenschild, Carl v. Gadomsky, C. Johnsdorf, W. Wolfsgram, B. Schoneck II., G. Anllam, G. Herman. Einige darunter unseres Wissens schon im großen Vorschüß-verein geschulte Kräfte.

Meteorologische Beobachtungen.				
Der Barometerstand bei 0 Grad. n Pariser Linien, die Temperatur tue der Luft nach Raumur.	Ba- rometer.	Luft- tempera- tur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 9. März 10 U. Ab.	329,04	+2,1	SW. 2.	Trübe.
10. März 6 U. Mrg.	329,63	+0,4	SW. 1.	Heiter, Reis.
Breslau, 10. März. [Wasserstand.] O.-P. 20 F. 7 3. U.-P. 10 F. 2 3.				Eisstand.

Telegraphische Depeschen

(Wolff's Telegr. Bureau)

Paris, 9. März. Gesetzgebender Körper. Die Regierung überreichte das Budget für 1869 so wie die Vorlage, betreffend die Anleihe von 440 Mill. Frs. In dem Budget werden die ordentlichen Einnahmen auf 1699, die ordentlichen Ausgaben auf 1627, die außerordentlichen Einnahmen auf 93, die außerordentlichen Ausgaben auf 184 Mill. Frs. veranschlagt.

In der darauf folgenden Schlusstafel wurde der Gesamtentwurf des Pregeiges mit 242 Stimmen gegen eine (Berryer), und sodann das Contingentsgesetz mit 230 Stimmen gegen 12 angenommen.

Partie aufgezogene hat die Regierung beschlossen, den Inhabern der merkantilen Obligationen, außer dem in dem Bericht des Finanzministers erwähnten Capitale von 40 Mill. Frs., noch eine Jahresrente von 3 Mill. Frs. zuweisen, welche unter denselben vertheilt werden soll. Der Wert der Obligationen würde sich hiernach annähernd auf 127 Frs. stellen. Standard dementiert die Nachricht von der bevorstehenden Abreise Juad Paschas in Paris.

Aus Mexico vom 19. v. M. wird gemeldet: Wie es heißt, hat Juarez die Absicht, Washington zu besuchen. — Die Regierung hat die Anprüche der englischen und spanischen Staatsgläubiger anerkannt und wird die Tilgung der Schuld durch die aus den Confiscationen gewonnenen Mittel bewirken lassen.

Konstantinopel, 7. März. Der Capitän Hobart ist zum türkischen Admiralsrat mit dem Range eines Pascha's und einem jährlichen Gehalte von 3000 Lires ernannt worden.

Das türkische Rothbuch, welches soeben veröffentlicht ist, enthält mehrere Ernennungen der Pforte von weniger hervorragender Bedeutung, darunter die Mahmud Pascha's, welcher zum Nachfolger Namuk Pascha's als Gouverneur von Bagdad designirt ist. (T. B. f. N.)

Washington, 8. März. Der „New-York Herald“ bringt die vollständige Anklage gegen den Präsidenten Johnson. Dieselbe lautet auf Beleidigung und Verleumdung der Constitution, insbesondere der Tenure of Office-Akte.

Der Präsident hat einen Gerichtsbefehl an Stanton veranlaßt, um diesen aufzufordern, eine Erklärung, warum er noch immer das Amt als Kriegsminister beibehalte, abzugeben.

Die „New-York Times“ sagt, daß Comite scheine die Basis der Anklage gegen Johnson erweitern zu wollen. (T. B. f. N.)

Breslauer Börse vom 10. März. Schluss-Course (1 Uhr Nachm.). Russisch Papiergele 84% Br. Destr. Banknoten 88½% bez. Schles. Rentenbriefe 90% Bd. Schles. Bankbrief 83% Bd. Destr. National-Anleihe 57½% bez. u. Br. Freiburger 119½ Br. Neisse-Brieger — Oberösterreich. Litt. A. und C. 186½ bez. u. Bd. Wilhelmsbahns 85% bis 85 bez. u. Bd. Oppeln-Tarnow 74% Br. Destr. Creditbank-Actien 81% bez. Schles. Bank-Verein 111% bez. 1860er Loope 73 Bd. Amerikaner 75% Bd. Warschau-Wiener 58 Bd. Minerva 35% bez. u. Bd. Baierische Anleihe — Italiener 45% bez.

Breslau, 10. März. Preise der Cerealien. Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen. kein mittel ordin. kein mittel ordin.

Weizen, weißer 119—121 116 110—112 Gerste 67—69 65 59—62

do. gelber 116—118 113 108—110 Hafer 44—45 43 40—42

Roggen 94—95 93 90—92 Erbsen 82—85 80 76—78

Notirungen der vor der Handelsstammler ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps 198 188 178 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.

Winterrüben 186 176 166 Sommerrüben 172 162 152 Dotter 166 156 146

Loco. (Kartoffel) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 18 % Br., ¾ Bd.

Offiziell gekündigt: — Ctr. Weizen. 1000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leindl. — Ctr. Rübel. 15,000 Ort. Spiritus. — Ctr. Leinuchen. — Ctr. Hafer.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 9. März. Nachmittags 3 Uhr. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93% gemeldet. Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 47½—69, 30 bis 69, 35. Italien. 5proc. Rente 45, 75. Destr. Staats-Eisenbahn-Actien 550, 00. Credit-Mobil-Actien 240, 00. Lombard. Eisenb.-Actien 370, 00. Destr. Anleihe von 1865 pr. opt. 352, 50. 5proc. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 81% Baiffe.

London, 9. März. Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 93%. 1proc. Spanier 35%. Italien. 5proc. Rente 45%. Lombarden 14%. Amerikaner 15%. 5proc. Russen 83%. Neue Russen 84%. Silber 60%. Türk. Anleihe von 1865 32½%. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 71%. Engl. Metalliques de 1859 65% — Schones Wetter.

Frankfurt a. M., 9. März. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Wiener Wedsel 102%. Destr. National-Anleihe 55%. 6% Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 75%. Hessische Ludwigsbahn 132%. Baierische Brämen-Anleihe 98% Br. 1864er Loope 63%. 1860er Loope 72%. 1864er Loope 86. Lebzlos. Nach Schluss der Börse 1860er Loope 72%, steuerfrei Anleihe 50%.

Frankfurt a. M., 9. März. Abends. [Effecten-Societät.] Fonds beliebt. Amerikaner per compt. 75%, per medio 75%. Credit-Actien 191%. Steuerfrei Anleihe 51. 1860er Loope 72%. 1864er Loope 87. 5proc. Anleihe von 1859 64%. Staatsbahn 260%.

Wien, 9. März. [Abend-Börse.] Credit-Actien 187, 30. Staatsbahn 252, 70. 1860er Loope 84, 10. 1864er Loope 85, 10. Nordbahn 173, 20. Galizier 206, 25. Lombarden 166, 70. Napoleonsd'or 9, 26. — Staatsfonds animirt, sonst matt.

Hamburg, 9. März. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Hamburger Staats-Brämen-Anleihe 84%. National-Anleihe 57%. Destr. Credit-Actien 81%. Destr. Reichsdeutsche 1860er Loope 71%. Staatsbahn 548. Lombarden 366. Italien. Rente 45%. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119. Rhein. Bahn 118%. Nordbahn 95%. Altona-Kiel — Finnlandische Anleihe 80%. 1864er Russische Brämen-Anleihe 98%. 1866er Russ. Brämen-Anleihe 98%. 5proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 68%. Disconto 2 pct. — Verflauend.

Hamburg, 9. März. Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, auf Termine fest, aber unbelebt. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 180 Bantohaler Br. 179 Bd., pr. März-April 180 Br., 179 Bd., pr. Frühjahr 180 Br., 179 Bd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 159 Br., 138 Bd., pr. März-April 137 Br., 137 Bd., pr. Frühjahr 137 Br., 137 Bd. Hafer fest. Rübel ruhig, loco 23%, per October 24%. Spiritus still. Kaffee weichend, verläuft 4000 Sac diverse, loco 12,000 schwimmend, Zint unverändert. — Verflauend.

Liverpool, 9. März. Mittags. Baumwolle: 25,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 10%. Georgia 10%. Fair Dohler 8%. Middling Fair Dohler — Good middling Dohler — Bengal 7%. Good fair Bengal — Fine Bengal — New fair Domra — Good fair Domra 8%. Bernam — Egyptian — Smyrna — Orleans schwimmend 10½—10%. Donava Fahrt. — Schwimmende Mobile — Amerikaner schwimmend — Donava Fahrt. — Markt aufgeregt. — Orleans schwimmend 10½ bezahlt. — Nachmittags 10. März. Baumwolle: 20,000 Ballen Umsatz. ¼ höher.

Newyork, 7. März. Abends. (Per atlant. Kabell.) [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] (BonNeill Brothers.) Zufuhr in allen Berichten 83,000 B. Gesamtzufuhr seit 1. Sept. v. J. 1,733,000 B. Export nach Großbritannien in letzter Woche 53,000 B. Export seit Anfang September v. J. 773,000 B. Export nach Frankreich in letzter Woche 10,000 B. Export seit Anfang Sept. v. J. 186,000 B. Export nach anderen Häfen des Kontinents in letzter Woche 12,000 B. Export seit Anfang Sept. v. J. 172,000 B. Gesamtexport in letzter Woche 111,000 B. Vorrath in sämtl. Verschiffungshäfen 345,000 B.

Antwerpen, 9. März. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Raffin., Type weiß, ruhig, loco 43 bez. u. Br., auf Termine geschäftlos.

Bremen, 9. März.</